



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 9.10.2024  
C(2024) 7100 final

Herr Péter Szijjártó  
Minister für auswärtige Angelegenheiten  
und Handel  
Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten und Handel  
Bem rakpart 47.  
HU – 1027 Budapest

**Betreff:** Notifizierung 2024/0394/HU

**Entwurf eines Rechtsakts zum Verbot der Herstellung und des  
Inverkehrbringens von im Labor erzeugtem Fleisch**

**Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2  
der Richtlinie (EU) 2015/1535**

Sehr geehrter Herr,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535<sup>1</sup>, notifizierten die ungarischen Behörden der Kommission am 10. Juli 2024 den Entwurf eines Gesetzes über das **Verbot der Herstellung und des Inverkehrbringens von im Labor erzeugtem Fleisch**, (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Der Notifizierungsmitteilung zufolge zielt der notifizierte Entwurf darauf ab, ein Verbot der Herstellung und des Inverkehrbringens von im Labor erzeugtem Fleisch („a laboratóriumi hús“) einzuführen, um Bedenken in Bezug auf den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt, eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion und die Erhaltung der traditionellen ländlichen Lebensweise auszuräumen.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, die folgende ausführliche Stellungnahme abzugeben.

In Absatz 1 des notifizierten Entwurfs wird im Labor erzeugtes Fleisch wie folgt definiert:

*„Als im Labor erzeugtes Fleisch im Sinne dieses Gesetzes gilt ein Erzeugnis, das aus tierischen Zellen oder Geweben unter künstlichen Bedingungen außerhalb des lebenden Organismus isoliert oder hergestellt wurde.“*

In Absatz 2 des notifizierten Entwurfs heißt es:

---

<sup>1</sup> Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

*„Außer für medizinische und veterinärmedizinische Zwecke ist die Herstellung und das Inverkehrbringen von im Labor erzeugtem Fleisch und von Erzeugnissen, die im Labor erzeugtes Fleisch als Zutat enthalten, verboten.“*

„Neuartige Lebensmittel“ sind in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2015/2283<sup>2</sup> als *„alle Lebensmittel, die vor dem 15. Mai 1997 unabhängig von den Zeitpunkten der Beitritte von Mitgliedstaaten zur Union nicht in nennenswertem Umfang in der Union für den menschlichen Verzehr verwendet wurden und in mindestens eine der [aufgeführten] Kategorien fallen“* definiert. Die beiden Bedingungen sind als kumulativ zu verstehen.

Für im Labor erzeugtes Fleisch umfasst die spezifische Kategorie gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer vi der genannten Verordnung Folgendes: *Lebensmittel, die aus von Tieren, Pflanzen, Mikroorganismen, Pilzen oder Algen gewonnenen Zell- oder Gewebekulturen bestehen oder daraus isoliert oder erzeugt wurden.*

Im Labor erzeugtes Fleisch im Sinne von Absatz 1 des notifizierten Entwurfs erfüllt diese beiden kumulativen Bedingungen und sollte daher als neuartiges Lebensmittel betrachtet werden.

Gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 unterliegt jedes neuartige Lebensmittel einem Zulassungsverfahren vor dem Inverkehrbringen, einschließlich einer Sicherheitsbewertung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Sobald ein neuartiges Lebensmittel zugelassen ist, wird es in die mit der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission erstellte Unionsliste der neuartigen Lebensmittel aufgenommen<sup>3</sup> und das neuartige Lebensmittel kann in der Union in Verkehr gebracht werden. Es wurde noch keine Zulassung für im Labor erzeugtes Fleisch erteilt, weshalb diese Erzeugnisse gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2015/2283 nicht in der Union in Verkehr gebracht werden dürfen. Ein Verbot ist daher nicht erforderlich, da sich das Verbot des Inverkehrbringens derzeit aus dem Unionsrecht ergibt und für das gesamte Gebiet der Union gilt.

In diesem Zusammenhang stellt die Kommission fest, dass die von der EFSA im Rahmen des Zulassungsverfahrens für neuartige Lebensmittel durchzuführende wissenschaftliche Bewertung sicherstellen soll, dass Lebensmittel, die in der EU in Verkehr gebracht werden sollen, sicher sind und kein Risiko für die menschliche Gesundheit darstellen.

Ein Verbot ist daher nicht gerechtfertigt, da es dem harmonisierten Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel auf EU-Ebene vorgreifen könnte, das eine wissenschaftliche Bewertung durch die EFSA umfasst.

Aus den oben genannten Gründen gibt die Kommission eine ausführliche Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 ab, wonach Absatz 2 des notifizierten Entwurfs nicht den Bestimmungen der Kapitel II bis VI der Verordnung (EU) 2015/2283 über das Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel entspricht.

---

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über neuartige Lebensmittel, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1852/2001 der Kommission, ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1.

<sup>3</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Erstellung der Unionsliste neuartiger Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel, ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 72.

In diesem Zusammenhang bittet die Kommission die ungarischen Behörden um Klarstellung, ob derzeit im Labor erzeugtes Fleisch auf dem ungarischen Markt erhältlich ist oder ob die angemeldete Maßnahme ausgearbeitet wurde, um ihr Inverkehrbringen auf dem ungarischen Markt zu verhindern.

Die Kommission erinnert die ungarischen Behörden daran, dass die Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme nach Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 den Mitgliedstaat, der den betreffenden Entwurf einer technischen Vorschrift verfasst hat, verpflichtet, diesen nicht vor Ablauf von sechs Monaten ab Notifizierung anzunehmen.

Diese Stillhaltefrist endet daher am 13. Januar 2025.

Die Kommission weist die ungarischen Behörden ferner darauf hin, dass der Mitgliedstaat, der Adressat einer ausführlichen Stellungnahme ist, gemäß der oben genannten Bestimmung verpflichtet ist, die Kommission über die Maßnahmen zu unterrichten, die er aufgrund einer solchen ausführlichen Stellungnahme zu ergreifen beabsichtigt.

Sollte die ungarische Regierung den in der Richtlinie (EU) 2015/1535 vorgesehenen Pflichten nicht nachkommen oder sollte der Wortlaut des betreffenden Entwurfs einer technischen Vorschrift ohne Berücksichtigung der oben genannten Einwände angenommen werden oder auf andere Art und Weise gegen EU-Recht verstoßen, kann die Kommission gemäß Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ein Verfahren einleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Kommission

Stella KYRIAKIDES  
Mitglied der Kommission